

INHALT

EDITORIAL	7
„IT'S COMPLICATED!“ GESCHICHTS- UND ERINNERUNGSPOLITIK 'IN FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE	9
ANDREA GENEST. SILKE SCHNEIDER „It's complicated!“ Geschichts- und Erinnerungspolitik in feministischer Perspektive. Eine Einleitung.....	9
GABRIELE FISCHER. ANTONIA RODE Trauer, Kritik, Widerstand – Frauen als Akteurinnen des Erinnerns an Todesopfer rechter Gewalt. Überlegungen und Ansätze zur Adressierung von Gender in der Forschung zu Erinnerungspraktiken.....	23
NINA ELENA EGGERS Das Narrativ der verlorenen Männlichkeit als erinnerungspolitische Intervention. Zum Antifeminismus neurechter Geschichtspolitik.....	37
REBEKKA BLUM Ohne Begriff keine Erinnerung? Fragen nach den Auswirkungen einer fehlenden Auseinandersetzung mit Antifeminismus	51
CELINA BECK. EMMA LAKKALA Rewriting Femininity: Tradwives, Visual Aesthetics of Class, and Politics of Remembrance	64
DERMANA KURIĆ. VANJA PETROVIĆ The Muslim Woman and Contemporary Feminist Meaning-Making in the Post-Yugoslav Space: Can AFŽ's “Veil Lifting” Campaign be Understood as Wholly Emancipatory?	78
RITA SCHÄFER Feministische Perspektiven auf Geschichtsdeutungen und Erinnerungspolitik in Südafrika	91

FORUM	105
MERYEM CHOUKRI. THU HOÀI TRAN. MIRIAM YOSEF	
Wege zu Bündnissen – Zurück in die Zukunft	105
MIA VÖKLER	
Vom drohenden Selbstwiderspruch einer relationalen Utopie – Das revolutionäre Übergangsdilemma bei Butler, Adamczak und von Redecker	116
CHRISTINE RUDOLF. VERENA LÖFFLER	
Unbezahlte Arbeit und ihre gesellschaftliche und ökonomische Einordnung. Eine jährliche Berechnung für Deutschland von 2012 bis 2021	125
TAGESPOLITIK	136
MECHTHILD EXO. CHRISTINE LÖW	
Nach Assads Sturz: Der Syrische Frauenrat fordert eine geschlechtergerechte, inklusive, selbstbestimmte Gesellschaftsordnung.....	136
EDDI STEINFELDT-MEHRTEUS	
Schrödingers Selbstbestimmung. Gedanken zum Selbstbestimmungsgesetz	147
FRAUKE PETERSEN	
Freiheit, Gesundheit und § 218 StGB. Reformansätze der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs aus Parlament und Gesellschaft	151
JOYCE MARIE MUSHABEN	
Backlash! Trump 2.0 und der erneute Kampf um die Gleichberechtigung	157
ANNE SCHLÜTER	
Zur Erinnerung an Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel (18.8.1940 – 11.2.2025).....	163
LEHRE UND FORSCHUNG	166
KARIN STÖGNER	
Exklusive Solidarität – die Ausblendung von Antisemitismus in intersektionalen und postkolonialen Ansätzen.....	166
LOUISE K. DAVIDSON-SCHMICH	
A harbinger of things to come in the US? Academic Freedom in Florida since 2019	172

REZENSIONEN	176
GABRIELE WILDE	
Eva Kreisky: Diskreter Maskulinismus. Kritische Zeitdiagnosen	176
RAGNA VERHOEVEN	
Inga Nüthen: Geschlecht, Sexualität und Politik: Aspekte queer_feministischer Politikverständnisse	179
CARI MAIER. ANNA STEENBLOCK	
Christina Engelmann und Lisa Yashodhara Haller (Hg.): Materialistischer Feminismus. Gegenwartsanalysen zu Geschlecht im Kapitalismus.....	181
JULIANE LANG. MARIE REUSCH	
Sammelrezension: Rechtsextremismus und Homosexualität.....	184
JULIA LEPPERHOFF	
Susanne Boehm: Die Frauengesundheitsbewegung. Kritik als Politikum	188
MONIKA SCHAMSCHULA	
Helga Krüger-Kirn: Mütterlichkeit braucht kein Geschlecht. Fürsorge als gesamtgesellschaftliche Herausforderung.....	190
CALL FOR PAPERS	192
AUTOR_INNEN DIESES HEFTES	196

SCHWERPUNKT

„It's complicated!“ Geschichts- und Erinnerungspolitik in feministischer Perspektive**„It's complicated!“ Geschichts- und Erinnerungspolitik in feministischer Perspektive. Eine Einleitung**

ANDREA GENEST. SILKE SCHNEIDER

Politik mit Rekurs auf historische Ereignisse ist eine gängige Praxis zur Erklärung und Legitimation aktuellen politischen Handelns. Sei es mit Bezug auf vergangene Emanzipationskämpfe oder mit Verweis auf historisches Unrecht sowie deren jeweilige Folgen und durch sie ausgelöste Konflikte in der Gegenwart. Derzeit wird angesichts autoritärer Entwicklungen mit dem Erstarken der teilweise als rechts-extrem eingestuften Alternative für Deutschland (AfD) ein „geschichtspolitisches Rollback“ und ein „erinnerungspolitischer Klimawandel“ diagnostiziert (Wagner 2024). Die Abgrenzung von der Ideologie und den Verbrechen des Nationalsozialismus (NS), das hohe Gewicht individueller Grundrechte und einer demokratischen Verfasstheit von Politik und Gesellschaft bildete die Grundlage der bundesdeutschen Entwicklung nach 1945. Die Abgrenzung vom Nationalsozialismus bildete auch das Fundament des staatlichen Antifaschismus der DDR. Diese Grundlage wurde im Zuge der ‚Vereinigung‘ der Bundesrepublik mit der DDR unter Einbeziehung der Menschenrechtsverletzungen im realen Sozialismus erneut formuliert und wird nun von erstarkenden rechten politischen Akteuren infrage gestellt.

Mit diesem Schwerpunkt der *Femina Politica* nehmen wir geschichts- und erinnerungspolitische Analysen in den Blick. Geschlechterverhältnisse und feministische Perspektiven werden bislang in diesen Analysen wenig beachtet. Spätestens jedoch mit der Verschränkung rechter Narrative, der Verharmlosung oder dem positiven Bezug auf die nationalsozialistische Diktatur mit antifeministischen Narrativen, die mit dem Verweis auf vermeintlich natürliche Geschlechterordnungen einhergehen (u. a. Hugo 2024), wird die Notwendigkeit eines geschlechterdifferenten Blicks auf Geschichts- und Erinnerungspolitiken deutlich.

In der Einleitung schließen wir zunächst in aller Kürze an den politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Forschungsstand zu Geschichts- und Erinnerungspolitik an und systematisieren davon ausgehend feministische Perspektiven auf Geschichtspolitik und Geschlecht. Dabei beziehen wir uns insbesondere auf Forschungen zu deutscher Geschichtspolitik und unterscheiden eine kompensatorische und eine identifikatorische Herangehensweise. Schließlich skizzieren wir aktuelle Konflikte innerhalb feministischer Forschungen und Aktivismen, die unserer An-

sicht nach stärker als bisher aus geschichts- und erinnerungspolitischer Sicht diskutiert werden müssten. Zum Schluss der Einleitung stellen wir in knapper Form die Beiträge des Schwerpunktes vor.

Geschichts- und Erinnerungspolitik – Perspektiven in Politikwissenschaft und Zeitgeschichte

Die Begriffsprägung und Analyse von Geschichtspolitik, wie sie von Edgar Wolfrum (1999) erstmals systematisch für die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt wurde, konzentriert sich auf Gesten und Politiken, die sich auf die Geschichte beziehen – zugunsten einer stärkeren Identitätsbindung an Staat und Nation. Dabei spielen die Kategorie Geschlecht, der Blick auf die Transformation von Geschlechterverhältnissen und die Emanzipationsbewegungen von Frauen keine Rolle. Sie sind damit auch aus der Reflektion des gesellschaftlichen Umgangs mit der eigenen Geschichte ausgeschlossen. Bei der Thematisierung von Geschichte als Mittel der Politik erscheinen Frauenfiguren allenfalls als Allegorien, z. B. in der religiös konnotierten Figur der Mutter (Palatschek/Schraut 2009, 20).

Ein feministischer Blick auf Erinnerung und die Traditionslinien von Feminismen sind demgegenüber traditionell mit der Erforschung der Biografien von Aktivistinnen, feministischer Politik und Bewegungen verbunden, die lange Zeit von den Mainstream-Wissenschaften unberücksichtigt geblieben sind. Gleichzeitig stellt es sich innerhalb von Feminismen als konflikthaft dar, was und wie erinnert werden soll – etwa, wenn es um Femizide in migrantischen Communities geht (Önal 2024). Konflikte gab es z. B. auch innerhalb der LGBTQIA*-Community um das Gedenken an im Nationalsozialismus verfolgte lesbische Frauen (Kämper/Sachse 2020).

Bildet die Legitimation politischer Positionierung und politischen Handelns mit der Geschichte den Fokus der Analyse, wird von Geschichtspolitik bzw. von Erinnerungspolitik gesprochen. Die Begriffe bezeichnen unterschiedliche gesellschaftliche, politische und institutionelle Aushandlungsprozesse über die Darstellung der Vergangenheit und deren Interpretation. In diesen oft konflikthaften Auseinandersetzungen wird bestimmt, welche historischen Ereignisse erinnert, wie sie gedeutet und in welchem Kontext sie in kollektiven Erinnerungen verankert werden. Es geht sowohl um Geschichtsschreibung als auch um die Legitimierung konkreter politischer Entscheidungen und die aktive Gestaltung von Erinnerungskulturen durch staatliche Institutionen, Bildungswesen, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure (Reichel 1995). Die Analyse von Geschichts- und Erinnerungspolitiken fragt also nach der Funktion von Erinnerung und Geschichte in politischen Debatten, kollektiven Identitätsbildungen und moralischen Diskursen (Wolfrum 1999).

Geschichts- und Erinnerungspolitik ist stets umkämpft, gerade weil sie eng mit Identitätsbildungen, politischer Legitimation und gesellschaftlichen Wertvorstellungen verknüpft ist. Unterschiedliche Akteur*innen ringen um Deutungsmacht und setzen Akzente in Gedenkpraktiken, Denkmalkultur oder Schulcurricula, um nur einige

Trauer, Kritik, Widerstand – Frauen als Akteurinnen des Erinnerns an Todesopfer rechter Gewalt. Überlegungen und Ansätze zur Adressierung von Gender in der Forschung zu Erinnerungspraktiken¹

GABRIELE FISCHER, ANTONIA RODE

„Mein Name ist Sibel Leyla. Ich bin die Mutter von Can Leyla. Mein Sohn wurde bei dem rechtsterroristischen Attentat am Münchner Olympia-Einkaufszentrum am 22. Juli 2016 erschossen“ (z. B. München Erinnern 2024). Mit diesen Worten beginnt Sibel Leyla jede Rede seit Jahren. Sie kämpft darum, dass dieser Anschlag, bei dem neun Menschen ermordet wurden, gesellschaftlich anerkannt und erinnert wird. Sie spricht als Angehörige, aber auch explizit als Mutter und als solche wird sie wahrgenommen. Am 22. Juli 2016 ermordete ein rechter und rassistischer Täter am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München neun Menschen: Dijamant Zabërgja (20 Jahre), Armela Segashi (14 Jahre), Sabine S. (14 Jahre), Guiliano Kollmann (19 Jahre), Sevda Dağ (45 Jahre), Hüseyin Dayıcık (17 Jahre), Can Leyla (14 Jahre), Roberto Rafael (15 Jahre) und Selçuk Kılıç (15 Jahre). Die Polizei ordnete den Anschlag unmittelbar nach der Tat als Amoklauf ein und dethematisierte damit den politischen Hintergrund. Drei Jahre kämpften Angehörige mit wenigen Unterstützenden darum, die Tat als rechten Terror einzuordnen. Auch wenn dies im Oktober 2019 geschehen ist, ist sie noch immer nicht Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses um rechte Gewalt (München Erinnern! 2024). Erst seit der Gründung einer Initiative im Jahr 2022 kommt dem Anschlag und den Opfern mehr Aufmerksamkeit zu (Şirin 2024, 183ff.).

Am achten Gedenktag des Anschlags am OEZ sprachen Angehörige von fast allen Opfern, darunter waren auffallend viele Frauen: Yasemin Kılıç, die Mutter von Selçuk, Gisela Kollmann, die Großmutter von Guiliano, Arberia Segashi, die Schwester von Armela, Gülfer Dayıcık, die Schwester von Hüseyin. Margarita Zabërgja, die Schwester von Dijamant, ließ einen Text von sich verlesen. Angehörige und Überlebende von Opfern anderer rechter, rassistischer und antisemitischer Attentate zeigten sich solidarisch: Aynur Satır Akça, die den rassistischen Anschlag auf ihr Haus in Duisburg am 26. August 1984 überlebt hatte, Sibel Işini, die einen Paketbombenanschlag in Solingen überlebt hatte, Talya Feldmann, die den antisemitischen und misogynen Anschlag in Halle überlebt hatte, und Emiř Gürbüz, deren Sohn Sedat bei dem Anschlag in Hanau ermordet wurde (muenchen.de 2024).

Die Aufzählung der Akteur:innen, die bei diesem Gedenktag in München auf der Bühne waren, verweist darauf, wie viele Überlebende und Angehörige von Opfern rechter Gewalt um ein Erinnern ringen, das sich nicht auf Gedenkroutinen beschränkt. Vielmehr werden gesellschaftliche Veränderungen eingefordert, um weitere Taten zu verhindern. Sie zeigt zudem, dass Frauen in diesen Erinnerungskämpfen eine wichtige Rolle spielen. Von zwölf Redner:innen waren neun Frauen, die sich als Mütter, Großmütter, Schwestern oder Töchter und damit aus ihren je-

weiligen familiären Positionen heraus für Erinnern, Aufklärung und Veränderung einsetzen. Dies wirft Fragen nach dem Verhältnis von Weiblichkeit, Familie und den damit verbundenen Diskurspositionen auf.

Bislang gibt es zu dem Themenkomplex Erinnern – Rechtsterrorismus – Gender nach unserem Kenntnisstand keine Forschung. Wir wollen mit diesem Beitrag den Diskurs über die Bedeutung von Gender in Erinnerungspraktiken an Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt eröffnen. Wir werden zeigen, dass Trauer in der Moderne mit Weiblichkeit in Verbindung steht. Somit wird die Frage relevant, wann die Artikulation von Trauer gerade von Frauen zu einem kritischen, politischen Akt wird. Dabei sehen wir einen Zusammenhang zwischen der Konstruktion von Weiblichkeit und den damit verbundenen Familienpositionen als Mütter, Töchter oder Schwestern. Am Beispiel der Madres de Plaza de Mayo in Argentinien und der Samstagsmütter in der Türkei lässt sich zeigen, wie Frauen die sozialen Positionen der Mutter und Tochter nutzen, um als politische Akteur:innen gesellschaftskritisch zu intervenieren. Auch wenn die Erinnerungskämpfe an Todesopfer extrem rechter Gewalt in Deutschland nicht eins zu eins vergleichbar sind mit denen in Argentinien und der Türkei, halten wir die Forschung dazu für inspirierend für die Frage danach, zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen in Deutschland extrem rechte Gewalt und ihr zerstörerisches Ausmaß in gesellschaftlichen Diskursen Gehör findet. Dafür erscheint uns das systematische Einbeziehen von Gender als Analysekatégorie unerlässlich. Die Verbindung von Weiblichkeit mit Familienpositionen verweist auf das gesellschaftlich hegemoniale Verständnis der Binarität von Geschlecht. Für die Analyse von Erinnerungspraktiken und Gender wird daher auch die Frage relevant, wie über die vergeschlechtlichen Familienpositionen die Dichotomie von Weiblichkeit und Männlichkeit reproduziert wird.

In diesem Beitrag werden wir die Erinnerungspraktiken und ihre Veränderung skizzieren, bevor wir unser Verständnis von Erinnern als soziale Praxis vorstellen. Für den Themenkomplex Rechter Terror, Erinnern und Gender führen wir dann theoretische Überlegungen zur Trias Tod – Gender – Trauer ein, um die Frage zu entwickeln, wie aus Trauer Kritik resultiert. Am Beispiel der Madres de Plaza de Mayo in Argentinien und der Samstagsmütter in der Türkei diskutieren wir anschließend die Ambivalenz und das Potenzial der sozialen Position von Müttern und Töchtern als politische Akteur:innen in Erinnerungskämpfen. Ausgehend davon entwickeln wir Fragen an die noch ausstehende Auseinandersetzung um die Bedeutung von Geschlecht für Erinnerungspraktiken an Opfer rechter Gewalt.

Wenn Erinnern fehlt – kontinuierliche Kämpfe von Angehörigen und Betroffenen

Seit 1945 kamen nach bisherigen Erkenntnissen in der Bundesrepublik mehr als 300 Menschen durch rechte, rassistische und antisemitische Gewalt ums Leben (Billstein 2020, 20). Viele werden nicht oder erst nach Jahren als Opfer rechter Gewalt aner-

Das Narrativ der verlorenen Männlichkeit als erinnerungspolitische Intervention. Zum Antifeminismus neurechter Geschichtspolitiken

NINA ELENA EGGERS

Die Neue Rechte¹ interveniert gegenwärtig massiv in erinnerungspolitische Diskurse. In Deutschland haben sich etwa von Seiten der Alternative für Deutschland (AfD) Björn Höcke mit der Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ (Höcke 2017) und Maximilian Krah mit der Relativierung der SS-Verbrechen durch einen gefährlichen Geschichtsrevisionismus exponiert (Joswig 2024). Neben der gezielten Verharmlosung des Holocaust und auch der kolonialen Unterdrückung wird ebenso feministische und queere Bewegungsgeschichte diskreditiert. Das neurechte Erinnern präsentiert sich dabei ambivalent: Während es einerseits Feminismus und Gender als Konzept klar zurückweist, positioniert es sich punktuell kritisch zu Sexismus und besinnt sich mithin positiv auf frühe Frauenbewegungen. Dies zeige ich in meinem Beitrag exemplarisch anhand der neurechten Figuren Jürgen Elsässer und Ellen Kositzka auf und argumentiere, dass das neurechte Erinnern an feministische Bewegungen trotz Widersprüchlichkeiten ein dezidiert antifeministisches Erinnern ist.

Dazu beziehe ich mich auf einen Ansatz des Erzählens von Männlichkeit (Eggers 2025 i.E.), der das neurechte Erinnern auch als eine Praxis der „männlichen Ressourcenveränisierung“ (Forster 2006) begreifbar macht. Die Neue Rechte inszeniert ihre Erinnerungen an Feminismus durch das Aufrufen eines Narrativs von der verlorenen Männlichkeit und im Rückgriff auf persönliche Erfahrung, die ihr als Ausweis ‚wahrer‘ Männlichkeit bzw. Weiblichkeit dient. Sie erzählt dabei eine Geschichte von der ‚Entmännlichung‘ und der Rückkehr zu einer, vor der Frauenbewegung der 1970er-Jahre vermeintlich noch weitgehend intakten, hierarchischen Zweigeschlechtlichkeit, in der Männlichkeit auch dem Schutz ‚emanzipierter‘ weißer Frauen vor der Übergriffigkeit ‚fremder‘ Männer diene. Dieses antifeministische Erinnern, so meine These, ist Teil einer maskulinistischen Herrschaftsstrategie, die Feminismus partiell für sich vereinnahmt.

Während der Geschichtsrevisionismus der autoritären Rechten im Hinblick auf den historischen Faschismus und anti-kommunistischen Widerstand jüngst vermehrt wissenschaftliche Beachtung findet (u. a. Müller 2021; Couperus et al. 2023; Volk 2023; Adaire 2024), wird die antifeministische Ausrichtung rechter Geschichtspolitiken bislang kaum thematisiert. Ausnahmen bilden etwa eine Studie von Sebastian Bischoff und Anna Schiff (2021), welche eine ambivalente neurechte Idealisierung der Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse der 1950er-Jahre herausarbeitet, und Claudia Gatzkas (2020) Befassung mit dem rechten Erinnern traditioneller Geschlechterrollen. Patrick Wielowiejski (2024, 259ff.) wiederum zeigt, wie Homosexuelle in der AfD eine eigene rechte Erinnerungskultur schaffen, der gemäß es schon immer eine Affinität zwischen männlicher Homosexualität und rechter Politik

gegeben habe. Eine umfassende Theoretisierung neurechter Politiken des antifeministischen Erinnerns steht jedoch noch aus. Dies erstaunt vor dem Hintergrund, dass die geschlechtersensible Rechtsextremismusforschung seit Langem auf die Vehemenz der Retraditionalisierungsversuche von Geschlechterordnungen verweist (u. a. Claus et al. 2010; Birsl 2011; Bitzan 2016; Goetz 2020; Riedmiller 2023). Mein Beitrag interveniert hier mit einem erzähltheoretischen Zugang zur Frage nach den Geschichtspolitiken der Neuen Rechten. Dazu fasse ich zunächst Erzählen als erinnerndes Handeln und als agonale Praxis, die stets auch über die erinnernde Person vermittelt ist. Im Anschluss stelle ich das Narrativ der Krise der Männlichkeit in seiner antifeministischen Stoßrichtung heraus. Über die Erzählungen von Elsässer und Kositzka zeige ich dann exemplarisch das Erzählen von Männlichkeit im neurechten Erinnern an Feminismus auf. Abschließend fasse ich dieses als eine spezifische, Feminismus partiell strategisch aufgreifende und pervertierende Praxis der männlichen Resouveränisierung zusammen.

Erzählen und Erinnern

Ein erzähltheoretischer Zugriff auf Erinnerungspolitik geht davon aus, dass Geschichte auch ein Produkt der kollektiven Imagination ist und sich über das Erzählen von Geschichten konstituiert (White 2015). Im Erzählen wird Vergangenes (und Zukünftiges) vergegenwärtigt. Diese temporale Dimension des Erzählens hat vor allem Paul Ricœur (1988) herausgestellt. Erzählen umgreift im Anschluss an Ricœur nicht nur die erzählte Geschichte als (temporäres) Ergebnis des Erzählprozesses, sondern den gesamten Akt des Erzählens, also auch die Erzähler*innen und das Publikum. Erzählen kann so auch als eine Praxis des Erinnerns verstanden werden, die zwischen individuellem und „kollektivem Gedächtnis“ (Halbwachs 1967) oszilliert (Ricœur 2004). Im Erzählen greifen die Erzähler*innen auf vorhandene Erzählungen zurück und ordnen diese in ihren Erfahrungshorizont ein. Vergangene Ereignisse werden neu und anders gedeutet, indem sie mit dem Erleben der Erzähler*innen verschmelzen.

Mit Hannah Arendt (2010/1960) lässt sich ein solches erinnerndes Erzählen auch als agonale Praxis fassen. Das Erzählen ist dabei an das Erscheinen der Person geknüpft: In dem Moment, in dem sich Menschen sprechend und handelnd in die Welt einschalten, tritt die Person aus dem Privaten heraus auf die politische Bühne. Dieser narrative Akt erzeugt „selbstverständlich sinnvolle Geschichten“ (ebd., 301), die erinnernd einen gemeinsamen öffentlichen Raum stiften. Feministische Kritiken haben jedoch zu Recht problematisiert, dass Arendt die Freiheit, sich aus den reproduktiven Zwängen des Privaten herauslösen zu können, zur exklusiven Voraussetzung politischen Handelns macht (u. a. Honig 1994). Ihrem Modell haftet ein machiavelistisches Moment an: Es erfordert Mut, sich einzubringen und die Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem zu überschreiten (Arendt 2010/1960, 45). Damit rückt das Sich-selbst-erzählen in die Nähe der heldenhaften Zurschaustellung. Erzählendes Erinnern wird so auch zum Einfallstor für ein resouveränisierendes Erzählen.

Ohne Begriff keine Erinnerung? Fragen nach den Auswirkungen einer fehlenden Auseinandersetzung mit Antifeminismus

REBEKKA BLUM

Im Zuge des (internationalen) Erstarkens rechtsautoritärer Kräfte sind antifeministische und queerfeindliche Entwicklungen aktuell allgegenwärtig. Dies zeigt sich in Deutschland z. B. an Verboten von Gendersonderzeichen (Schomburg 2023) und Angriffen auf Christopher Street Day Paraden (Ohlendorf 2024) und international z. B. an der Verschärfung von Abtreibungsgesetzen (Biskupic 2022) und der Einschränkung der Gesundheitsversorgung für trans* Personen (Human Rights Watch 2025) in den USA, der Abschaffung der Gender Studies an Universitäten in Ungarn (Perintfalvi 2021) oder die Ausrufung von LSBTQIA*-freien Zonen in Polen (Choluj 2021). Dies ist sicherlich ein Grund dafür, dass sich in den letzten Jahren eine eigenständige Antifeminismusforschung mit jeweils unterschiedlichen Ausprägungen entwickelt hat. Zunehmend wird Antifeminismus auch als zentrales Element extrem rechter Ideologie verstanden. Dieses Verständnis ist noch relativ neu und feministischen Interventionen in der Arbeit und Forschung zur extremen Rechten zu verdanken (u. a. AK FE.IN 2019; Goetz 2018; Haas 2020; Lang 2017). Die aktuelle Auseinandersetzung mit Antifeminismus im Kontext von Rechtsextremismus steht auch im Zusammenhang mit rechten Anschlägen wie 2011 in Oslo/Utøya (Norwegen), 2019 in Christchurch (Neuseeland) und in Halle/Saale (Deutschland), die sowohl antisemitisch und rassistisch als auch antifeministisch motiviert waren und jeweils von einem Verschwörungsnarrativ eines vermeintlichen „Großen Austauschs“ geprägt waren (u. a. Blum 2021; Rahner 2020; Sanders 2020). Nicht nur in dieser zugespitzten Form wird deutlich, dass extrem rechte Ideologie ohne ein Verständnis von Antifeminismus nur unzureichend erklärbar ist. So basiert die von der extremen Rechten angestrebte Volksgemeinschaft auf antifeministischen Geschlechterverhältnissen (Lehnert 2011). Darüber hinaus sind rigide Geschlechterbilder – soldatische Männlichkeit auf der einen Seite (Virchow 2011) und fürsorgliche Weiblichkeit auf der anderen Seite – auch in modernisierten Varianten (Haas 2020) ein wesentlicher Aspekt der Attraktivität extrem rechter Ideologie. Außerdem gelingt es extrem rechten Akteur*innen aufgrund gesellschaftlich weit verbreiteter antifeministischer Einstellungen (Höcker/Pickel/Decker 2020), über antifeministische Mobilisierungen gesellschaftlich breit anschlussfähig zu sein oder zu werden (u. a. Blum et al. 2023, 29f.). Nicht nur in dieser zugespitzten Form wird deutlich, dass extrem rechte Ideologie ohne ein Verständnis von Antifeminismus nur unzureichend erklärbar ist. Da Antifeminismus jedoch weder in der historischen Rechtsextremismusforschung noch in der Geschlechterforschung zu den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 systematisch aufgegriffen wurde, erscheint zum einen Antifeminismus im Allgemeinen und zum anderen die Verschränkung von Antifeminismus und extrem rechter Ideologie häufig zumindest implizit als neu.¹

In diesem Beitrag werden anhand von Archivrecherchen antifeministische Ereignisse insbesondere der 1970er- und 1980er-Jahre in Westdeutschland herausgearbeitet, und es wird der Frage nachgegangen, ob es eine Erinnerung feministischer Akteurinnen an diese Ereignisse gibt, die zum Zeitpunkt des Geschehens zum Teil bundesweit diskutiert, in der Forschungsliteratur jedoch kaum systematisch aufgearbeitet wurden. Daraus leitet sich die These ab, dass eine fehlende systematische Auseinandersetzung mit Antifeminismus² zum Zeitpunkt der Ereignisse dazu führte, dass diese Ereignisse nicht in der Forschungsliteratur auftauchen, daher auch nur in geringem Maße erinnert werden und somit bisher kaum in eine systematische Erinnerungspolitik einfließen konnten. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick, welche Konsequenzen die fehlende Erinnerung an (rechte) antifeministische Angriffe für aktuelle Analysen und Engagement haben kann.

Materialgrundlage und methodisches Vorgehen

Die Materialgrundlage des Beitrags basiert auf meiner Dissertation am Institut für Soziologie der Universität Freiburg zu Antifeminismus zwischen 1945 und 1990 in Westdeutschland, die ich im Dezember 2024 abgeschlossen habe. Dabei orientierte ich mich an Ansätzen der Grounded Theory nach Glaser/Strauss (2010), da diese das Ziel verfolgt, in einem zirkulären Prozess von „Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung“ (Strübing 2004, 14) „in empirischen Daten begründete Theorie(n)“ (ebd., 13) zu entwickeln.³ Ausgehend von einem offenen, der Gegenstandsangemessenheit verpflichteten Forschungsprozess (Bethmann 2020) kombinierte ich die Systematisierung von Primär- und Sekundärliteratur mit qualitativen Interviews und Archivrecherchen in feministischen Archiven.

Für die Literaturrecherche habe ich zentrale Werke zur Frauengeschichte, zu Frauenbewegungen, zu Burschenschaften und zur (extremen) Rechten im Hinblick auf antifeministische Entwicklungen systematisiert. Darüber hinaus führte ich Interviews mit sieben Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen zu Frauenbewegungen im Untersuchungszeitraum,⁴ insbesondere ab 1968 und griff auf öffentlich zugängliche Transkripte mit 13 „Pionierinnen der Neuen Frauenbewegung“ zurück, die vom FrauenMediaTurm im Rahmen des Jubiläums „50 Jahre Neue Frauenbewegung“ (FMT o. J.) geführt wurden.⁵ Darüber hinaus habe ich Zeitdokumente aus dem Untersuchungszeitraum recherchiert. Ich sichtete alle Ausgaben der EMMA von ihrem Gründungsjahr 1977 bis 1990 und archivierte alle relevanten Artikel. In den feministischen Archiven FrauenMediaTurm in Köln, FFBIZ in Berlin und Archiv Denkräume in Hamburg recherchierte ich mittels Schlagwortsuche⁶ weitere Zeitdokumente. Insgesamt habe ich 393 Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie 29 Flyer und Broschüren aus den Archiven ausgewertet, darunter sowohl Zeitungsberichte über Veranstaltungen und Ereignisse als auch explizit feministisches und antifeministisches Material.

Rewriting Femininity: Tradwives, Visual Aesthetics of Class, and Politics of Remembrance

CELINA BECK, EMMA LAKKALA

Leave Nara out of this! Black women deserve softness. We have never not known working and for a Black woman to relax into her femininity is radical.

The comment above was left in the comment section of an Instagram post (i_D, May 1, 2024) criticizing the growing influence of “tradwives” on social media. It refers to prominent model and influencer, Nara Smith, one of the few Black women in an otherwise strikingly white-dominated category of women who share their domestic lives with thousands, if not millions of viewers online. The opening comment effectively embodies both the underlying problem of the tradwife movement and the ambivalent nature of feminist as well as anti-feminist online discussions around the topic: The depicted life of a tradwife, happily and wholly surrendering to her reproductive role in domesticity, invokes a version of womanhood from which Black women and other racialized groups have historically been excluded. Thus, the commentator is correct in stating that it can be considered a radical act for a Black woman like Smith to break free from the oppressive grip of racial capitalism that systematically exposes Black and other racialized bodies to multiple forms of exploitation within and beyond the labor market. Yet, referring to the privileged act of stay-at-home motherhood as “relaxing into femininity”, an essence of femininity that is rooted not only in heteropatriarchal gender roles but also in whiteness and the middle class is called into being. Most importantly, the comment fails to acknowledge the fact that what Smith is doing – raising children at home and cooking highly laborious meals for a family of five, all while documenting it on social media – *is* work, even if done whilst wearing designer clothes in a neat and supposedly stress-free home.

In this article, we seek to explore the class-specific visual narratives of labor and femininity in the content shared by two prominent tradwives who have risen to prominence on Instagram in the 2020s: Nara Smith and Alexia Delarosa.¹ By employing a visual discourse analysis, we will examine the joint impact of video content shared by tradwives and the text-based discussions in their comment sections, with a special focus on discerning the narrative of choice and freedom. We locate the viral rise of tradwifism and its representations of femininity at the intersection of neoliberalism, remembrance politics, and politics of respectability. The key questions guiding our research are: a) How do the depicted lives of modern tradwives flirt with not only racist modes of femininity but also with the desire of a supposedly apolitical middle-class lifestyle?, b) How do the visual depictions of tradwives and their everyday surroundings render reproductive labor non-labor-like?, and c) How is the discourse of *choice and freedom* utilized by tradwives and their audiences? Through our contribution, we want to highlight the subtle – yet powerful – ways in which tradwives’ romanticized orchestrations of ‘traditional’ womanhood contribute to the normalization of class- and race-based disparities in patriarchy.

Theoretical Framework

Tradwives, a group of homemaking women whose online content went viral during the COVID-19 pandemic, present themselves as a counterpoint to the proclaimed contemporary ‘feminist norm’, while embodying and commodifying the epitome of heteronormativity and ‘traditional’ femininity. Tradwifism displays vital connections to conservative Christian movements and the far-right who evoke tales from the past that comply with the world view of white nationalism (Mattheis 2018). To be a tradwife “is to seek a wholesale return to the social norms and gender roles of the past, when life for women was supposedly better, safer, and stronger” (Darby 2020, Part 2, Ch. 5, para. 8). Part of the tradculture is the notion that binary gender roles are inherently natural and God-given rather than influenced by culture and socio-economic structures. Tradwives promote that deviating from these roles, which are presented as complementary, fixed, and crucial for safeguarding social order and the continuation of the white race, is unnatural and doing so would require greater effort. Consequently, they encourage a broader recognition that “relaxing into one’s femininity” as a homemaker is the easiest and most authentic course of action for a woman.

Unlike their overtly ideological, racist, and politically vocal far-right sisters, tradwives often engage with white supremacist cultures more subtly and indirectly (Leidig 2023, 100-101). Indeed, tradwives commonly deny any association with extremism, white supremacy, or the far right, framing their lifestyle as inherently apolitical and universally applicable or transcultural, so as to demonstrate that being a submissive homemaker does not have an ideological or cultural origin that could be significantly traced back to a colonial vision of white womanhood (ibid., 96-97). While it is true that not every tradwife can be considered a white supremacist,

the community’s hunger for the distinct boundaries of the past makes it vulnerable to far-right messaging. Tradwives and white nationalists share core objectives (more babies), myths (America’s (or the West’s) moral decline), and iconography (happy heterosexual families). Such close proximity, particularly on social media, makes the exchange of ideas a straightforward prospect. (Darby 2020, Part 2, Ch. 5, para. 17)

Scholars have revealed that tradwifism must be understood in relation to the neoliberal social order within which it flourishes (Deem 2023; Rottenberg/Orgad 2020). Many have pointed out that this relationship appears ambivalent and contradictory, for tradlife is often presented by tradwives themselves as “the antidote to the post-feminist cultural mandate to be a corporate girl boss” (Deem 2023, 16) i.e. a rebellious act of resistance against the neoliberal work ethic that demands women simultaneously juggle both motherhood and paid careers. Yet, “(t)he anticapitalist potential of this approach (...) is compromised in introducing a managerial logic into the domestic sphere where unpaid social reproductive labor is carried out” (ibid.). Tradwives not only sustain a system where domestic work is undervalued and un-

The Muslim Woman and Contemporary Feminist Meaning-Making in the Post-Yugoslav Space: Can AFŽ's "Veil Lifting" Campaign be Understood as Wholly Emancipatory?

DERMANA KURIĆ. VANJA PETROVIĆ

After the second World War (WWII), the communist political elite in the newly-established socialist Federal People's Republic of Yugoslavia introduced laws and campaigns directed at the formation of the ideal socialist citizen. Such efforts – framed as “modern“ and “emancipatory“ – focused on breaking down social, cultural, and religious codes, norms, and identities labelled as “backward“. One such instance was the post-WWII “veil lifting“ campaign which focused on the social stigmatization of clothing worn by some Muslim women in Yugoslavia (the *zar* and *feredža*)¹ which ultimately, in the 1950's, resulted in a legal ban across the entire country, including in Bosnia and Herzegovina, Serbia, Montenegro, Macedonia and Kosovo. With strong backing from the Communist Party, this campaign was led by the Women's Antifascist Front (AFŽ). Although the regime managed to garner support and legitimization from the Islamic Religious Community (Islamska vjerska zajednica) and some Muslim women, the campaign initially went largely ignored by the wider community until the legal prohibition was enacted. More than 70 years after the campaign and more than 30 years since the dissolution of Yugoslavia, this event remains a site of contestation.

How some Muslim women and girls dress today is a contested issue throughout the post-Yugoslav region. Unsurprisingly, some of the arguments against their dress or veiling practices used today are similar or identical to the Orientalist arguments put forward during the socialist deveiling campaign from the late 1940s and early 1950s. This article does not aim to assert that veiling or face veiling, in its many culturally-specific variations, is and has always been a choice for all women in post-WWII Yugoslavia or the contemporary post-Yugoslav region. Instead, our focus here is to contextualize contemporary feminist understandings of the socialist deveiling campaign. We stress the importance of critical feminist accounts and investigations into how the socialist deveiling campaign is remembered today and the need for an intersectional approach that considers the historical entanglements of sexism, classism, and racism in the region. If the campaign is remembered and romanticized as just one in a series of AFŽ's accomplishments, what could be the implications for the state of feminist meaning-making today?

Contemporary social and political projects, including those of feminism, carry claims about the past and are invested in its interpretation and mediation. And “collective memory, it turns out, is an extraordinarily useful tool of politics and is also continually subject to it“ (Olick/Vinitzky-Seroussi/Levy, 2011, 249). Post-Yugoslav nostalgias, fears and phantoms therefore continue to haunt the unquestioned frameworks of contemporary memory, sacralizing in the process historicized past “facts”.

Our critical content analysis of academic historical accounts of the “veil lifting” campaign published since the dissolution of Yugoslavia until today places a specific focus on feminist accounts. Further, we problematize how accounts that ignore the historical and political entanglements of sexism, classism, and racism in the region lack critical, material, and intersectional power analyses, unwittingly tapping into wider Euro-centric Islamophobic narratives, ignoring the need for decolonial theory and practice at the post-Yugoslav semi-periphery today.

Historical Overview of the Deveiling Campaign

Many women in the Balkans – regardless of their religious background – historically practiced different forms of full body dress and veiling (Menković 2013; Bosankić 2014). As Ottoman influence declined in the region, and modernization and secularization processes became more prominent, different types of full body dress, head and face veiling began disappearing as well. Women started wearing a variety of clothing types and styles, including European-inspired dresses and skirts, traditional skirts or *dimije* (baggy trousers or *shalwar*), with different sorts of headscarves as well as the *zar* and *feredža* (both of which included a sort of a face veil). The *zar* and *feredža* became a dress preserved mainly among urban Muslim elites, worn by adult, married women when going into town (Mesarič 2013; Menković 2013) making them thus strongly associated with the Muslim identity at that time (Karčić 1990; Mesarič 2013; Velić 2013; Maurer 2014).

In the aftermath of the Second World War, Yugoslav communists, in their attempts to build a new secular, modern state and to impose socialist progress, modernization, and a new gender regime, also initiated a deveiling campaign. “After the war, the new communist government established a cultural hierarchy by classifying different groups of the population in terms of how ‘advanced’ or ‘backwards’ they were” (Simić 2018, 156). According to Simić, amongst those seen as “backward”, a further hierarchy was established in which Muslim women were considered to be “the most backward” group in the country. Their “backwardness” was seen as worse than that of other women because the traditions of the Muslim population were deemed as “foreign, timeless, and associated with the Ottoman past, which was viewed as part of the ‘inferior’ and oriental ‘East’” (Simić 2018, 156). However, the “backwardness” of Muslim families was no different to that of any other family in the Yugoslav countryside” (ibid., 157).

The AFŽ started organizing local veil-lifting campaigns as early as 1947 and sometimes held staged public unveilings. This is reminiscent of similar campaigns organized in colonial Algeria (Ahmed 1992) or Central Asian Soviet Republics (Northrop 2004). Muslim women often interpreted deveiling as a special attack on their communities (Bonfiglioli 2016). On the other hand, it seems that “younger women were more in favor of it” (Karčić 2013, 232). The responses were diverse, ranging from women who actively fought against their families’ suggestions to stop wearing

Feministische Perspektiven auf Geschichtsdeutungen und Erinnerungspolitik in Südafrika

RITA SCHÄFER

Dieser empirisch argumentierende Beitrag erläutert am Beispiel Südafrika, welche feministischen Perspektiven, Positionen und Interpretationen bei dortigen Auseinandersetzungen mit Erinnerungspolitik bzw. Geschichtsdeutungen prägend sind. Er fokussiert auf relevante Akteur*innen und deren unterschiedliche Strategien und Standpunkte. Im Zentrum der Analyse stehen Interessenkonflikte zwischen Staatsvertreter*innen und zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen, vor allem deren Kontroversen über offizielle Interpretationen historischer Ereignisse bzw. Strukturen und der daraus resultierenden Ansprüche auf Deutungshoheit über Erinnerung. Südafrika ist für die hiesige politikwissenschaftliche Frauen- und Gender-Forschung von besonderem Interesse, weil dort im Jahr 2024 „30 Jahre Demokratisierung“ unter Einbeziehung von frauen- und genderpolitischen Aspekten offiziell gefeiert wurde. Dabei zelebriert die Regierung des African National Congress (ANC), die aus einer dominierenden früheren Anti-Apartheidorganisation hervorging, ihre Errungenschaften in der Frauenförderung und im Gender-Mainstreaming und stellt diese als Abkehr von den multiplen Diskriminierungen durch das Apartheidregime dar. Zivilgesellschaftlich organisierte Opfer-/Überlebendengruppen, die tragende Kräfte im Widerstand gegen die rassistische weiße Minderheitenregierung waren, monieren hingegen die parteipolitische Vereinnahmung des Erinnerungsdiskurses und das Versagen der Regierung auf vielen Ebenen. Das betrifft vor allem Reparationsleistungen und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sowie deren strafrechtlicher Ahndung, also die mangelnde Umsetzung von Frauenrechten in diesem existentiellen Lebensbereich. Dabei argumentieren die zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen aus einem Selbstverständnis als Staatsbürger*innen, das den inzwischen verbreiteten Kulturnationalismus im ANC konterkariert. Sie halten insbesondere Parlamentarier*innen und Minister*innen, die seit etlichen Jahren über die Parteimaschinerie in politische Ämter kamen, einen Spiegel vor.

Erinnerungspolitische Referenzen von Regierenden – und ihre geschlechterpolitischen Leerstellen

Die erstmals 1994 demokratisch gewählte ANC-Regierung rühmt sich, mit einer umfassenden Frauen- bzw. Gender-Politik Vorreiterin für Geschlechtergerechtigkeit zu sein und damit eine umfassende Zäsur gegenüber der weißen Minderheitenregierung im Apartheidstaat (1948–1994) sowie den diesen vorausgegangenen britischen und niederländischen Kolonialverwaltungen vorzunehmen. So positioniert die ANC-Regierung ihre zukunftsorientierten Konzepte und konkreten Maßnahmen zum Frauen-Empowerment und Gender-Mainstreaming erinnerungspolitisch (Schäfer 2008, 221ff.). Deutlich grenzen sich ANC-Regierende von der Apartheidregierung ab, die

rassistisch und sexistisch strukturiert war, und abgesehen von einer einzigen weißen Oppositionspolitikerin, der jüdischen Wirtschaftswissenschaftlerin Helen Suzman, jahrelang nur aus weißen Männern bestand (Suzman 1993).

Die Neuausrichtung der Regierung unter Präsident Nelson Mandela und seinen Nachfolgern zeigt sich exemplarisch darin, dass mit dem Begriff *Schwarz* alle zuvor diskriminierten Personen gemeint sind, womit die rassistische Hautfarbeneinteilung des Apartheidregimes nach „white, coloured, indian/asian, black“ konterkariert wird.¹ Schwarze Frauen erhielten erst 1994 das Wahlrecht. Erstmals zogen nach den ersten demokratischen, freien und fairen Wahlen Ende April 1994 Schwarze Frauen ins Parlament ein und übernahmen Regierungsaufgaben. So stieg der Frauenanteil im Parlament von 27,7% 1994 auf 45,0% im Jahr 2024. Zahlreiche (Schlüssel-)Ministerien werden inzwischen von Frauen geleitet, dazu zählen das Verteidigungs-, Justiz- und Planungsministerium. Auch das Amt der Parlamentspräsident*in (Speaker) und der leitenden Verfassungsrichter*in wird jeweils von Frauen ausgeübt. Ebenso waren alle Ombudspersonen (Public Protector) seit 1994 Frauen. Gender-Mainstreaming wurde nach der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking in Ministerien, in den Provinzverwaltungen und in den Kommunen institutionalisiert. Daran sollte auch die neu etablierte National Gender Machinery mitwirken, dazu zählten das Office of the Status of Women, Gender Focal Points in Ministerien, die Commission on Gender Equality und das Parliamentary Joint Monitoring Committee on the Improvement of the Quality of Life and Status of Women (Gouws 2005, 143ff.). Zudem wurden Women's Budgets bzw. Gender Budgets Bezugspunkte in Haushaltsplanungen (Budlender 2000, 1365ff.; Commission for Gender Equality 2021). Für eine inklusive nationale (Wirtschafts-)Planung spannt der detailliert ausgearbeitete nationale Entwicklungsplan die Richtschnur. Gesetze, Strategiepapiere und Aktionspläne zu Gleichstellung, umfassender Wirtschaftsförderung Schwarzer Menschen, insbesondere junger, Schwarzer Frauen (Broad Based Black Economic Empowerment und Affirmative Action) bilden – bezugnehmend auf die neue Verfassung von 1996 – den legalen und politisch-planerischen Rahmen. Die Umsetzung der staatlich institutionalisierten Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik wird von südafrikanischen Forschenden und zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen analysiert und kritisch beobachtet (Gouws 2023). Konzeptionell richtete die ANC-Regierung ihren Fokus vorrangig auf die Überwindung des Rassismus als Erbe der Apartheidpolitik. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten und die Diskriminierung von Frauen wurden ursächlich auf diese Politik zurückgeführt. Klassenunterschiede, die für ideologische Verortungen des ANC während des Anti-Apartheidkampfes ebenfalls wichtig waren, verschwanden hingegen aus den offiziellen Erklärungen. Vor allem Mandelas Vizepräsident und Nachfolger Thabo Mbeki (Präsidentschaft 1999-2008) wollte ausländische Investoren nicht mit linker Rhetorik abschrecken und setzte eine neoliberale Position im ANC durch (Gumede 2005, 95ff.). Sogar Nelson Mandelas Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei Südafrikas wurde in offiziellen, vom ANC vor dem jeweiligen Erscheinen überprüften (Auto-)Biografien verschwiegen (Ellis 2016, 1ff.).

FORUM

Wege zu Bündnissen – Zurück in die Zukunft

MERYEM CHOUKRI. THU HOÀI TRAN. MIRIAM YOSEF

Wir, Meryem Choukri, Thu Hoài Tran und Miriam Yosef, haben im Jahr 2020 „Bündnis Kompliz*innen“¹ gegründet. Anknüpfend an die Geschichte intersektional-feministischer Bündnisse in Deutschland realisieren wir seitdem Projekte. In diesem Gespräch² reflektieren wir die gemeinsame Arbeit, vergangene und gegenwärtige feministische Bündnisse. Entlang von selbst entwickelten Leitfragen diskutieren wir die Notwendigkeit des Zusammendenkens von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus im Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus.

*Warum haben wir „Bündnis Kompliz*innen“ gegründet?*

Thu Hoài Tran: Der Lesekreis Passing It On, den der Verein xart splitta im Jahr 2019 organisiert hat, war für mich der entscheidende Anstoß. Fokus war die feministische Bündnisarbeit der 1980er- und 1990er-Jahre in Deutschland. Dabei haben wir unter anderem auch Texte aus dem Sammelband „Entfernte Verbindungen“ (Hügel-Marshall et al. 1999) gelesen und dieser Sammelband hat mich sehr inspiriert. Insbesondere wurde mir bewusst, dass ich bis zu diesem Zeitpunkt fast gar nichts über feministische Bündnisse im deutschen Kontext wusste. Ich war relativ naiv und dachte, all die Konflikte und Herausforderungen, mit denen wir uns im feministischen Kontext gegenwärtig auseinandersetzen, seien neu. Beim Lesen der Texte habe ich aber realisiert, dass das nicht stimmt: Viele Diskurse, die damals geführt wurden, sind fast eins zu eins auf die heutigen Diskussionen übertragbar. Das war einerseits erschreckend, andererseits aber auch eine wertvolle Erkenntnis. Warum fangen wir immer wieder von Null an? Warum tauchen die gleichen Verletzungen immer wieder auf? Warum wiederholen sich die Diskurse? Ist es überhaupt möglich, nicht von vorne zu beginnen? Diese Fragen haben schließlich dazu geführt, dass ich mit euch beiden ins Gespräch gekommen bin.

Meryem Choukri: Wenn ich an unsere Anfangszeit denke, verbinde ich das sehr mit der Coronapandemie. Einerseits hat uns diese Zeit den Raum gegeben, uns besser kennenzulernen, gemeinsam Texte zu lesen, obwohl wir in unterschiedlichen Städten wohnen. Andererseits war es auch eine schwierige Phase: Rechte, rassistische und antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft traten deutlich zu Tage durch Verschwörungserzählungen und durch die Anschläge in Halle im Oktober 2019 und in Hanau im Februar 2020. Ich habe da eine ganz akute Bedrohung gespürt. Natürlich gab es vorher auch schon rechtsterroristische Anschläge und Verschwörun-

mythen, aber diese Ereignisse kamen so geballt, dass das sehr greifbar war. Das hat mich vor Fragen gestellt: Welche Bündnisse und Gruppen braucht es, um sich dem entgegenzustellen, und wo fühle ich mich dabei wohl?

Miriam Yosef: Genauso wie bei dir, Meryem, hat auch bei mir diese Zeitlichkeit – die wir damals durch die Ereignisse in Halle und Hanau erlebt haben – das Gefühl einer tieferen Dringlichkeit ausgelöst. Gleichzeitig verspürte ich den starken Wunsch, einen Raum für uns zu schaffen. Mit „uns“ meine ich Menschen, die von Sexismus, Rassismus und/oder Antisemitismus betroffen sind. Einen Raum, in dem wir uns austauschen können. Nicht nur über die damaligen und fortbestehenden Zustände in Deutschland, sondern auch über Bündnisse: Wie können wir uns gegenseitig stärken und unterstützen? Solche Räume existieren leider viel zu selten. Schon die Dialoge in unserer kleinen Dreiergruppe haben mir unglaublich viel bedeutet. Dieses gemeinsame Staunen darüber, wie wenig wir über die feministische Geschichte von Bündnissen in Deutschland wussten, hat bei mir einen Wow-Moment ausgelöst. Und gleich darauf folgte ein zweiter, als ich erkannte, dass die Konfliktlinien, insbesondere in Bezug auf Antisemitismus in Bündnissen, damals schon existierten und bis heute bestehen.

Thu Hoài Tran: Die feministischen Bündiskonferenzen sind prägend für unsere Arbeit, die Anfang der 1990er-Jahre in Deutschland stattfanden.³ Damals sind Feminist*innen mit Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrungen zusammengekommen. Was uns sofort im Vergleich zu heute auffiel war, wie in den Aufrufen und Texten dieser Konferenzen eine größere Selbstverständlichkeit spürbar war, Jüdinnen*Juden mitzudenken. Das hat in uns den Impuls ausgelöst, genauer hinzuschauen: Was ist damals eigentlich auf diesen feministischen Bündiskonferenzen passiert? Welche Themen wurden verhandelt? Was können wir daraus lernen? Wir fanden es beeindruckend, wie die Aktivist*innen es geschafft haben, Menschen zu mobilisieren und diese Konferenzen zu organisieren – trotz der schwierigen politischen Bedingungen in den 1990ern und den begrenzten Ressourcen, die ihnen zur Verfügung standen.

Warum ist das Zusammendenken von Rassismus, Antisemitismus und Feminismus wichtig und welche Auswirkungen hat das Auslassen einer dieser Perspektiven in feministischer Theorie und Praxis?

Miriam Yosef: Als du, Hoài, die schwierigen politischen Bedingungen der 1990er-Jahre angesprochen hast, musste ich unweigerlich an die Vorstellung denken, dass Geschichte sich manchmal in Zyklen zu wiederholen scheint. Bereits damals erlebten wir eine massive Zunahme rechter Gewalt und rechten Terrors – heute sehen wir uns erneut mit einer erschreckend ähnlichen Dynamik konfrontiert. Die Parallelen zwischen den Morden der Wehrsportgruppe Hoffmann und des Nationalsozialisti-

Vom drohenden Selbstwiderspruch einer relationalen Utopie – Das revolutionäre Übergangsdilemma bei Butler, Adamczak und von Redecker

MIA VÖKLER

Sowohl in marxistisch-leninistischen als auch in destruktiv-anarchistischen Denktraditionen werden Revolutionen meist als zeitlich scharf abgegrenzter und durch politischen Kampf erwirkter radikaler Bruch in den institutionellen Strukturen verstanden (Wright 2010; von Redecker 2012). Diese auf Heroismus und Gewalt angewiesene (Loick 2012), Vor- und Nachsorge ausblendende, androzentrische Revolutionsvorstellung verweist auf das sogenannte Übergangsdilemma: Die in ihrem Verlauf notwendigen gewaltvollen Praktiken laufen den durch die Revolution angestrebten solidarischen, demokratischen und herrschaftsfreien Praktiken, Werten und Beziehungen zuwider (Adamczak 2017; von Redecker 2012). Ungeklärt bleibt damit die Frage, woher die durch die Revolution erwünschten Praktiken und Strukturen kommen sollen und wie sie sich gegen die im Prozess der Revolution womöglich noch bekräftigten Praktiken des vorherigen Systems durchsetzen können (Buber 1996; von Redecker 2012). Das Übergangsdilemma beschreibt damit einen grundlegenden Konflikt im Nachdenken über sozialen Wandel: zwischen Kritik am Status Quo und einer Zukunftsvision, die dem entgegengesetzt werden kann, auf der einen Seite und einem ergebnisoffenen und demokratischen Prozess, der dieser Vision den Weg bahnen kann, auf der anderen Seite.

Anknüpfend an Sahra Dornicks Überlegungen zum Zusammenhang von Utopie und Relationalität (2019a) möchte ich in diesem Beitrag untersuchen, welche Implikationen ein Denken in Relationen für diesen Konflikt zwischen Offenheit und Festschreibung bzw. zwischen Aushandlung und Durchsetzung hat und welche eventuell auch widersprüchlichen Auswege aus dem Übergangsdilemma sich dadurch ergeben. Dafür ziehe ich zunächst zwei feministische Theoretiker*innen heran, die anhand ihrer Begriffe von Relationalität, die sie individueller und staatlicher Souveränität entgegensetzen, zu unterschiedlichen Lösungen des Konflikts kommen: Judith Butler und Bini Adamczak. Butler (1991, 2001a, 2001b, 2009, 2020) warnt als post-strukturalistische Theoretiker*in vor dem Denken in die Zukunft und den Gefahren der Festschreibung von Normen, denen they die Anerkennung von Relationalität – der grundlegenden Interdependenz des Menschen – entgegenhält. Für die kommunistische Theoretikerin Adamczak (2017) hingegen, die sich von Butlers Utopievorsicht explizit abgrenzt, besteht eine relationale Revolution aus der Vorwegnahme utopischer, herrschaftsfreier und solidarischer sozialer Praktiken im Hier und Jetzt und ist als solche in die Zukunft gerichtet. Relationalität definiert sie jenseits von Individuum und Kollektiv als das „Dazwischen“ (ebd., 233), als die Beziehungen zwischen Menschen oder zwischen Menschen und Strukturen. Daran anschließend beschäftige ich mich mit Eva von Redeckers (2018) Versuch, die Ansätze

Unbezahlte Arbeit und ihre gesellschaftliche und ökonomische Einordnung. Eine jährliche Berechnung für Deutschland von 2012 bis 2021

CHRISTINE RUDOLF, VERENA LÖFFLER

Die unbezahlte Arbeit als größter Wirtschaftsfaktor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führt in gängigen ökonomischen Betrachtungen nach wie vor ein Schattendasein. Dadurch werden politische Entscheidungen, die private Haushalte betreffen, basierend auf der Annahme getroffen, dass diese über eine unendliche Quelle von Arbeitskraft verfügen. Sowohl Überlegungen, Frauen als Fachkräfte für den formalen Arbeitsmarkt zu rekrutieren, als auch solche, staatliche Aufgaben unbegrenzt in die privaten Haushalte zu verlagern, weil öffentliche Einrichtungen unbezahlbar scheinen, gehen deshalb fehl. Nur eine kontinuierliche jährliche Betrachtung zeigt, wo zwischen privaten Haushalten und ihren erwachsenen Mitgliedern auf der einen und dem bezahlten Arbeitsmarkt auf der anderen Seite Verschiebungen stattfinden. Mit den in diesem Beitrag vorgelegten Berechnungen können frühzeitig ökonomische Entwicklungen im unbezahlten Dienstleistungssektor erkannt und wertschöpfende Verlagerungsprozesse eruiert werden.

Dieser Beitrag fußt auf einer Auswertung der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) (DIW Berlin 2023; Goebel et al. 2023; SOEPcompanion 2024). Darin werden seit 1984 jährlich knapp 30.000 Menschen in 15.000 Haushalten in Deutschland befragt. Die Befragung wird als repräsentativ gewertet. Durchgeführt wird das SOEP durch eine forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Innerhalb des Fragebogens, der sich mit verschiedenen Aspekten des gesellschaftlichen Wandels befasst, wird auch nach der Zeitverwendung in Bezug auf die unbezahlte Arbeit gefragt. Auf dieser Grundlage ermitteln wir im vorliegenden Beitrag die jährlichen unbezahlten Arbeitsstunden in Deutschland von 2012 bis 2021 (Löffler 2024).¹ Unter Hinzunahme von Daten der Bundesagentur für Arbeit (2024) und des Statistischen Bundesamts Deutschland (2024a, 2024b, 2024d) berechnen wir anschließend die Bruttowertschöpfung der unbezahlten Arbeit in diesem Zeitraum (Rudolf 2024). Ziel ist es, die Größenordnung der unbezahlten Arbeit und ihre geschlechtliche Verteilung sowie ihr ökonomisches Gewicht im Vergleich zur bezahlten Arbeit zu verdeutlichen.

Theoretische Einordnung der Bruttowertschöpfung

Die herkömmliche, in den 1940er-Jahren begründete Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit ihrer wohl bekanntesten Messgröße, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), teilt die Wirtschaft in drei Sektoren. Das BIP in den Sektoren Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistungen soll dabei zunächst Informationen über die Ernährungsgrundlage bereitstellen, die Entwicklung der Herstellung von Gütern beleuchten und

Nach Assads Sturz: Der Syrische Frauenrat fordert eine geschlechtergerechte, inklusive, selbstbestimmte Gesellschaftsordnung

MECHTHILD EXO. CHRISTINE LÖW

Im vorliegenden Beitrag wird die „Erklärung des Syrischen Frauenrats zur Neugestaltung Syriens“ vom 20. Dezember 2024 (WDR 2024) vorgestellt und im Rahmen der (geschlechter-)politischen Bedingungen in Syrien aus dekolonial-feministischen Blickwinkeln kontextualisiert. Die Lage in Syrien ist dynamisch; es sind Entwicklungen bis Mitte Februar 2025 berücksichtigt.

Die aktuelle Lage in Syrien – Schlaglichter auf politische Machtverhältnisse und Gender

Am 8. Dezember 2024 wurde – zur großen Freude vieler freiheitsliebender Syrer*innen – der syrische Präsident Baschar Al-Assad entmachtet. Innerhalb von zwölf Tagen hatten die von der Türkei unterstützten und als Terrororganisation eingestuftes Islamisten von Hay‘at Tahrir Al-Sham (HTS)¹ mit ihren Milizen die großen Städte Aleppo, Hama, Homs und schließlich Damaskus eingenommen. Unter Führung des mit 10 Millionen US-Dollar Kopfgeld gesuchten ehemaligen Al-Qaida-Kämpfers Ahmed Al-Scharaa (früherer Kampfname: Abu Mohammed Al-Dscholani) bildet HTS mehrheitlich die am 30. Januar 2025 vom Militärrat ernannte Übergangsregierung Syriens (Burke 2025).² Eine von syrischen Intellektuellen veröffentlichte Onlinepetition bestreitet deren Legitimität und fordert sowohl fundamentale Freiheitsrechte (Versammlungs-, Demonstrations-, Meinungs- und Religionsfreiheit) wiederherzustellen als auch die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung sowie die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Freiheit und Würde aller garantiert (ZEIT Online 2025). Viele der neuen Minister und politischen Funktionsträger stammen aus den Reihen des Islamischen Staats (IS) und weiterer islamistisch-radikaler/militaristischer Gruppen wie Ahrar Al-Sharqiya (Medyanews 2025). Wie der Dachverband der Frauenbewegungen in Nordostsyrien Kongra Star in einer Untersuchung belegt, sind letztere als Teil der von der Türkei hochgerüsteten Syrischen Nationalarmee (SNA) verantwortlich für die Ermordung von Hevrîn Khalaf im Jahr 2019, der kurdischen Vorsitzenden der Syrian Future Party, und waren darüber hinaus beteiligt an sexualisierter Gewalt gegen Jesidinnen sowie Entführungen, Folter und Frauen-Menschenhandel (Kongra Star 2020). Videos, die Interimsjustizminister Schadi Al-Waisi im Jahr 2015 dabei zeigen sollen, wie er zwei Frauen³ auf einem Platz in Idlib wegen Ehebruchs und Prostitution zum Tode verurteilt, wecken

Vorbehalte und Zweifel gegenüber der sich moderat gebenden neuen Regierung (Abbas/Laffert/Sieber 2025). Im multikulturellen Syrien sind viele säkulare und nichtmuslimische Frauen zu Recht beunruhigt, zumal die ersten freien Wahlen nun erst in vier Jahren stattfinden (Bilanceri 2025).

Obwohl sich die neuen Machthaber bisher überwiegend tolerant in Bezug auf Minderheiten und andere Konfessionen jenseits eines streng ausgelegten sunnitischen Islams sowie weniger frauenfeindlich als die afghanischen Taliban präsentieren, ist feministisches Misstrauen und Beachtung der frauenrechtspolitischen Stimmen aus Syrien höchst angebracht (Kongra Star 2024a, siehe auch Narain/Sadeghi 2025 zu feministischen Vorbehalten mit Bezug zu Iran, Ägypten, Tunesien, Libyen). Aus diesem Grund sollten auch die ersten Signale aus EU-Staaten und den USA, die HTS-Regierung als ‚moderate‘ Regierung anzuerkennen, kritisch gesehen werden. Müssten nicht zuerst – angelehnt an Erfahrungen aus Afghanistan – die Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die die HTS und mit ihnen verbundene jihadistische Milizen (ebenso wie das NATO-Mitglied Türkei) begangen haben, aufgearbeitet werden (PPT 2025)? Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die wirklich demokratisch, inklusiv für alle sozialen, ethnischen, religiösen Gruppen, freiheitlich und geschlechtergerecht gestaltet ist und damit einen nachhaltigen Frieden ermöglicht (Exo 2021). Mit dem Slogan „Frauenmörder gehören nicht nach Damaskus, sondern nach Den Haag“ protestierten syrische Frauenorganisationen nach der Ernennung von Ahmed Al-Scharaa zum Interimspräsidenten Syriens (ANF 2025c).

Im Lichte dieser Entwicklungen und geopolitisch äußerst komplexen Machtverhältnisse ist die Lage in Syrien für geschlechterpolitische bzw. feministische Analysen zwischen Hoffnungen und Skepsis anzusiedeln (Bruckner 2025). Bereits am 13. Dezember 2024 äußerte die feministische Autorin Ronya Othmann als Tochter eines kurdisch-jesidischen staatenlosen Vaters in Syrien Angst vor den neuen Herrschern (Othmann 2024). Befürchtungen zur islamistisch jihadistischen Ausrichtung von HTS als De-Facto-Regierung Syriens hielten sie vom Jubeln ab. Zudem lassen der Völkermord und die systematischen Vergewaltigungen, sexuellen Versklavungen, Folter, Zwangsehen an Jesidinnen durch IS-Milizen 2014 – die als Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschheit⁴ klassifiziert werden – nichts Gutes für Mädchen und Frauen* erwarten (Eurojust 2017; Kongra Star 2020). Auch die Politolog*innen Ismail Küpeli und Gülistan Gürbey äußern Vorbehalte und Misstrauen gegenüber der neuen Regierung: Wird sie tatsächlich die demokratische multiethnische Selbstverwaltung im Nordosten Syriens (DAANES) einbeziehen bzw. anerkennen? Welche Rolle spielt die Türkei bei den gegenwärtigen Vertreibungen kurdischer Einwohner*innen und welchen Machtbereich wird sie sich in Verhandlungen mit dem neuen Präsidenten Al-Scharaa im Nachbarland Syrien sichern (DLF 2024)? Aktuell dokumentieren Berichte von Kongra Star im syrischen Nordosten fortgesetzte Vertreibungen vor allem kurdischer, armenischer, assyrischer Gruppen durch HTS, die von der Türkei unterstützte SNA und türkische Armeetruppen, ebenso wie gezielte